



Die Stabilität der Europawährung war Hauptthema beim Lunchgespräch mit Präsident Trauner und OeNB-Experte Rumler (r.).

© Mozart

Was Experten nach der Politik des billigen Geldes erwarten

Im Rahmen eines Lunchgesprächs der WKOÖ diskutierten Experten aus Wirtschaft und Politik mit Fabio Rumler, Konjunkturoperte der OeNB, vergangene Woche über das „Schreckgespenst Inflation“.

Kaum ist die eine „Krise“ überwunden, die die Weltwirtschaft in Atem gehalten hat, hinterlässt die Griechenlandpleite einen bitteren Nachgeschmack im Euroraum. Das Bangen um den Euro geistert in zahlreichen Köpfen herum und neue Unsicherheit beginnt zu wachsen.

„Hinsichtlich einer Inflation gibt es drei Dinge, die wir künftig stärker berücksichtigen müssen. Zum einen müssen wir aus den Fehlern der Vergangenheit lernen. Zum anderen brauchen wir Maßnahmen zur Kontrolle der Finanzmärkte, damit wir glaubwürdig sind. Und schließlich benötigen wir das, was viele verlernt haben einzusetzen – unser Bauchgefühl, das uns sagt, was wir uns leisten können und was realistisch ist“, leitete WKOÖ-Präsident Rudolf Trauner die Diskussion ein.

„Die österreichische Nationalbank hat auf die Krise vor allem durch eine hohe Liquidi-

tätsbereitstellung im Finanzsektor reagiert und die Leitzinsen gesenkt“, erklärt Fabio Rumler die Rolle der OeNB bei der Krisenbekämpfung. Eine akute Inflationsgefahr bestehe im Euroraum und Österreich derzeit nicht, meint Rumler. Zwar sei die Inflationsrate mit derzeit 1,8 Prozent relativ hoch, dennoch sieht der Experte keine realwirtschaftlichen Inflationsindikatoren. „Wir haben zwar die Liquidität der Finanzmärkte erhöht, die Rückführung dieser Injektionen ist aber jederzeit möglich, sobald sich die Lage entspannt hat.“

Ist Inflation der Ausweg?

„Wenn die Geldmenge die Inflation bestimmt, besteht auch hier keine akute Gefahr. Die Kreditmenge im Euroraum ist seit Jahresbeginn 2009 praktisch nicht gewachsen“, argumentiert Rumler. Eine Inflation durch Fiskalpolitik, die „Monetisierung“ der gestiegenen Staatsschulden ist durch den EU-Vertrag ausgeschlossen. Die Inflationserwartungen sind ebenfalls abhängig von Angebot und Nachfrage. Bei der Preisgestaltung lassen sich derzeit keine Indikatoren für einen Inflation feststellen.

Dem Ansatz, dass eine Inflation den Staat entschulden könnte, kann Rumler nichts Po-

sitives abgewinnen. „Inflation ist keine wirksame Option zur Schuldenreduktion. Die negativen Auswirkungen wären zu groß für den Staat, beispielsweise würde der gesamte Preismechanismus nicht mehr funktionieren. Stärkere Effekte können über das Steuersystem erzielt werden.“

„Exit“-Planung läuft

Die mittelfristigen Inflationserwartungen im Euroraum und Österreich bleiben laut Prognosen von OECD, IWF und EZB bis 2011 deutlich unter zwei Prozent. „Die österreichische Nationalbank rechnet mit einer durchschnittlichen Inflation von 1,7 Prozent für 2010 und 1,8 Prozent 2011“, so Rumler.

Die höhere Inflationsrate bringe aber nicht nur negative Auswirkungen. Die Exporte, die in den vergangenen Monaten starke Einbußen verzeichneten, profitieren von einem schwächeren Euro. „Erst in den Jahren 2012/2013 werden wir wieder auf dem Exportniveau ankommen, dass wir vor der Krise hatten“, so der Inflationsexperte.

Das kommende Jahr steht im Zeichen der Konsolidierung, erste „Exit“-Strategien sind bereits in Planung, die meisten EU-Staaten haben sich darauf geeinigt, heuer die Budgetmaßnahmen für 2011 festzulegen.